

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Stadtentwicklungsausschuss	01.07.2025	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Forschungsprojekt „Die Regionale Verkehrswende beschleunigen - Digitale Planungstools, schnellere Verwaltungsprozesse und Change Management für eine effektive Umsetzung von Maßnahmen“ (RegioProzess)

Betroffene Produktgruppe

11.12.03.01

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

Keine Auswirkungen

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

Keine Auswirkungen

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

-

Sachverhalt:

Die Regiopolregion Bielefeld beteiligt sich als Modellregion am Verbundprojekt RegioProzess.

Rahmenbedingungen und beteiligte Akteur*innen

Am 01.08.2024 gestartet, wird das Projekt bis zum 31.07.2029 laufen. Dabei ist es zu 100 % durch Drittmittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Im Amt für Verkehr der Stadt Bielefeld wurde bereits eine halbe Stelle für die Projektkoordination geschaffen. Beteiligte Regionen im Verbundprojekt sind die Regiopolregion Bielefeld (vertreten durch die Stadt Bielefeld), der Landkreis Ludwigsburg mit dem Rems-Murr-Kreis und den Städten Ludwigsburg, Waiblingen und Remseck sowie der Landkreis Oberhavel. Das Deutsche Institut für Urbanistik gGmbH (Difu) übernimmt die Rolle des Projektverbundkoordinators ein und ist außerdem im Bereich der Forschung aktiv. Außerdem ist das Stein-Hardenberg Institut GmbH (SHI), die Experience Consulting GmbH (eco) sowie die FixMyCity GmbH (FMC) als Praxispartner im Projekt vertreten. Das Projekt verfolgt das Ziel, die regionale und interkommunale Zusammenarbeit zu stärken sowie Maßnahmen zur Mobilitätswende gemeinsam, effektiver und schneller zu realisieren.

Für die Regiopolregion Bielefeld ist die Teilnahme an RegioProzess bereits die dritte Beteiligung an bundesweiten Forschungsprojekten:

- Das BBSR-MORO-Projekt "Vernetzt denken, interkommunal handeln. Integrierte Lösungen für die Regiopolregion Bielefeld", welches von 2016 bis 2020 die Grundlagen in Form der Strategie der Regiopolregion Bielefeld und dem integrierten regionalen Radverkehrskonzept der Regiopolregion Bielefeld lieferte.
- Auch das Modellprojekt „Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland“ (2021-2023)

gefördert durch das Bundesprogramm ländliche Entwicklung und regionale Wertschöpfung (BULE+) stellt unter anderem durch die dort erarbeiteten Forschungsergebnisse sowie Netzwerken und Kommunikationskulturen eine Grundlage für RegioProzess dar.

Ausgangssituation, Problemstellung und Forschungsbedarf

Für die Erreichung der im Klimaschutzgesetz verankerten Ziele des Verkehrssektors ist nicht nur eine tiefgreifende, sondern auch eine schnelle und wirksame Transformation in Stadt und Land notwendig. Die Entwicklung innovativer Mobilitätslösungen und nachhaltiger Verkehrsangebote fokussierte in der Vergangenheit stark auf die Innenstädte von Metropolen und Großstädten, auch für den ländlichen Raum wurden Alternativen entwickelt. Verkehr findet jedoch vor allem in regionalen Verflechtungsräumen statt, die städtische und ländliche Räume verbinden. Die Kommunen als zentrale Akteurinnen stehen hier vor einer großen Herausforderung, insbesondere dann, wenn Projekte über kommunale Grenzen hinweg realisiert werden sollen. Es gilt, genauer zu untersuchen, unter welchen Bedingungen interkommunale Kooperation im Handlungsfeld nachhaltige Mobilität gelingen kann.

Kommunen sollen motiviert und befähigt werden, in regionaler bzw. interkommunaler Zusammenarbeit, Maßnahmen der Mobilitätswende schneller und gemeinsam umzusetzen. Effizientes Verwaltungshandeln ist hierfür unabdingbar. Ein zentraler Hebel ist dabei die verbesserte interkommunale Zusammenarbeit der handelnden Akteur*innen (bspw. Landkreise, Gemeinden, Landesbetriebe, ÖPNV-Unternehmen) und die verbesserte Einbindung externer Stakeholder*innen (bspw. TÖBs, Verbände und Bürger*innen).

Aufbauend auf den Ergebnissen des Projekts „Beseitigung von Umsetzungshemmnissen in der kommunalen Radverkehrsplanung – soziotechnische Innovationen und kommunale Steuerungsmöglichkeiten“ (KoRa) der BMBF-Förderlinie MobilitätsZukunftLabor2050 setzt das Projekt RegioProzess genau bei den soeben genannten Punkten an: Die aus KoRa gewonnen Erkenntnisse werden verstetigt und bundesweit transferiert. Im Gegensatz zu vorangegangenen Projekten geht RegioProzess über die reine Betrachtung, Analyse und Benennung von Umsetzungshürden in der (inter-)kommunalen Umsetzung von nachhaltigen Mobilitätsangeboten hinaus und entwickelt konkrete Lösungsansätze in einem interdisziplinären Projektverbund.

Ziel des Projektes ist es, insgesamt die regionale und interkommunale Zusammenarbeit zu stärken sowie Maßnahmen zur Mobilitätswende gemeinsam, effektiver und schneller umzusetzen. Dafür werden zwei zentrale Instrumente entwickelt, die in den Modellregionen erprobt werden: ein Change-Management-Werkzeugkasten, um Verwaltungsstrukturen und -prozesse effizienter zu gestalten und Arbeitskulturen zu verändern sowie ein digitales Planungstool, den Trassenscout. Sie sollen auch jenseits der Projektlaufzeit im Planungsalltag eingesetzt werden, um eine Transformation zu nachhaltiger Mobilität zu beschleunigen.

Die Projektlaufzeit von fünf Jahren erlaubt es, organisatorische, soziale und technische Innovationen nicht nur vor auszudenken, sondern auch testweise zu implementieren, zu evaluieren und im Idealfall dauerhaft zu verankern. Am Ende des Projekts sind:

- Leitbilder zur nachhaltigen Mobilität und regionalen Zusammenarbeit weiterentwickelt und regional verankert,
- umsetzungsstarke regionale Planungs- und Steuerungsstrukturen weiterentwickelt,
- Angebotsverbesserungen im Umweltverbund in den Reallaboren umgesetzt und hinsichtlich Prozess und Wirkung evaluiert,
- innovative, digitale Tools zur Unterstützung von (inter)kommunalen und unterschiedliche Akteur*innen betreffenden Abstimmungen sowie für das externe Management der Stakeholder*innen entwickelt, erprobt und implementiert,
- Handlungsempfehlungen für die Übertragbarkeit von Maßnahmen im Umweltverbund sowie für prozess- und strukturbezogenen Lösungen aus den Modellregionen formuliert.

Der interdisziplinäre Projektansatz verknüpft dabei soziotechnische Forschungs- und Entwicklungsperspektiven mit der konkreten interkommunalen Verwaltungs- und

Umsetzungspraxis.

Damit leistet das Projekt einen Beitrag zur Umsetzung der Ratsbeschlüsse zur Verkehrswende und folglich zur Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor und ganz konkret zum Thema "Vorbringen der Mobilitätswende in regionalen Transformationsräumen durch Digitalisierung und neue Geschäftsmodelle". Auch die Leitziele der Mobilitätsstrategie der Stadt Bielefeld werden unterstützt und die hierfür notwendigen Prozesse beschleunigt. Ebenso werden die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Bielefeld vorangebracht, unter anderem im Hinblick auf die Handlungsfelder der „sozial gerechten Großstadt“ bezüglich gut funktionierender Beteiligungsverfahren und der „ressourceneffizienten Großstadt“ durch verringerte Emissionen und die Förderung gesundheitsfördernder und ressourcenschonender Verkehrsmittel.

Forschungsfragen

Vom Stand der Wissenschaft und Technik ausgehend zielt RegioProzess auf die folgenden Forschungsfragen ab:

- Was sind Erfolgsfaktoren für gelungene interkommunale und regionale Kooperationen im Kontext einer Mobilitätswende? Wie können Anreize für gelebte interkommunale und regionale Kooperationen geschaffen und Hürden abgebaut werden?
- Welche interkommunalen Organisations- bzw. Kooperationsformen sind für verschiedene Aufgabenbereiche im Handlungsfeld Mobilität zielführend? Wie können gute Beispiele auf andere Regionen übertragen werden?
- Wie können verwaltungsinterne Arbeitskulturen im Handlungsfeld Mobilität verändert oder entwickelt werden, um Planungseffizienz und Innovationskultur zu stärken? Welche Strukturen, Prozesse sowie Methoden bewähren sich dafür in der Praxis? Welche Rolle spielen hierbei digitale Werkzeuge?
- Wie können lokale Beteiligungs- und Erlebnisformate für regionale Partizipationsbedarfe angepasst und umgesetzt werden? Welche Rolle können hierbei digitale Werkzeuge spielen?

Arbeitsplan und Methoden

In der Regiopolregion Bielefeld arbeiten die Partner*innen in Reallaboren zusammen, die zwei Komponenten umfassen: Das Reallabor „Verwaltung und regionale Governance“ und das Reallabor „Verkehrswendemaßnahmen“.

Das Projekt ist in neun Arbeitspakete eingeteilt, wobei die Regiopolregion Bielefeld an den Arbeitspaketen 3-8 beteiligt ist (s. Abb. 1). Am Forschungsbegleitkreis des AP9 sind der VVOWL sowie OWL Verkehr als regionale Akteure beteiligt. Im ersten Schritt des Vorhabens wird der Stand der Forschung und Praxis zu den Voraussetzungen für interkommunale Zusammenarbeit, den Hemmnissen und Lösungsansätzen für eine effektive Umsetzung von Mobilitätsmaßnahmen sowie zu Indikatoren für nachhaltige Mobilität aufbereitet (AP2). Im Anschluss wird gemeinsam mit den Partner*innen der Regiopolregion Bielefeld am regionalen Leitbild für eine nachhaltige Mobilitätsentwicklung gearbeitet (AP3). Im nächsten Schritt wird die Ausgangssituation in der Regiopolregion Bielefeld in Bezug auf interkommunale Planungs- und Steuerungsstrukturen und Verwaltungsprozesse im Bereich Mobilität erhoben und Lösungsansätze für effektivere und schlankere Governancestrukturen entwickelt (AP4). Daraus werden Handlungsempfehlungen abgeleitet, wie die Verwaltungsarbeit im Bereich nachhaltiger Mobilität im Hinblick auf Effizienz sowie Innovation weiter optimiert werden kann. Mit verschiedenen Ansätzen des sogenannten Change Management (Veränderungsmanagement) werden ausgewählte Empfehlungen aufgegriffen und erprobt (AP5). Im Rahmen des Erprobungsprozesses kommt das digitale Werkzeug „Trassenscout“ zum Einsatz und wird anhand der gewonnenen Erfahrungen weiterentwickelt (AP6): Der Trassenscout ermöglicht es, in Planungsprozessen verwaltungsinternes wie -externes Wissen miteinander zu verknüpfen und nutzbar zu machen. So können neben interkommunalen Verwaltungsakteur*innen auch externe Interessensvertretungen wie Träger*innen öffentlicher Belange (TÖBs), Verbände/Vereine sowie weitere lokale Interessensträger*innen optimal eingebunden werden. Den konkreten Rahmen für die Erprobung

